

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

63 Türken in Brüssel festgenommen

Brüssel (AP) Türkische Nationalisten in Brüssel haben in der Nacht zum Montag ihre Proteste gegen einen Demonstrationszug von aus Deutschland angereisten Kurden fortgesetzt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden 63 Türken festgenommen, gegen sechs von ihnen wurde Haftbefehl erlassen.

Etwa 400 Menschen versammelten sich am Sonntagabend vor der Polizeiwache des Stadtviertels Saint Josse, in dem viele der 12.000 in Brüssel lebenden Türken wohnen. Sie protestierten gegen den «Freiheitsmarsch» von 200 Kurden, die zum Jahreswechsel von Köln aus nach Brüssel aufgebrochen waren. Als die Polizei die Versammlung auflösen wollte, kam es zu einem Handgemenge.



In der Nacht auf gestern wurden in Brüssel 63 Türken nach einem Handgemenge mit der Polizei festgenommen.

1,4 Millionen Kinder arbeiten in Brasilien

Rio de Janeiro (AP) In Brasilien arbeiten 1,4 Millionen Kinder unter 14 Jahren, wie die Zeitung «Jornal do Brasil» berichtete. Demnach stellen Kinder 18 Prozent aller Arbeitnehmer in dem südamerikanischen Land, obwohl Kinderarbeit verboten ist. Über die Hälfte der Jungen und Mädchen sind in der Bekleidungs- und Stoffindustrie beschäftigt, zumeist als Weber. Sie müssten aber auch schwere Maschinen bedienen, hies es.

Moussa erwartet weitere Verzögerung

Amman (AP) Die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO werden sich nach Darstellung des ägyptischen Aussenministers Amr Moussa in dieser Woche weiter verzögern. Seine Vermittlungsbemühungen hätten nicht vermocht, die beiden Delegationen aus der zum Jahreswechsel entstandenen Sackgasse herauszuführen, sagte Moussa am Montag bei seiner Ankunft zu politischen Gesprächen in der jordanischen Hauptstadt Amman. Die Gespräche über die Umsetzung des Autonomievertrags vom 13. September hätten ursprünglich am Montag im ägyptischen Badeort Taba fortgesetzt werden sollen.

Ex-Minister Caglayangil gestorben

Ankara (AP) Der ehemalige türkische Aussenminister Ihsan Sabri Caglayangil ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am Donnerstag vergangener Woche in Ankara an Herz- und Lungenversagen verstorben. Der 85jährige Politiker war in den 60er und 70er Jahren fast zehn Jahre lang Aussenminister unter dem Führer der Gerechtigkeitspartei, Suleyman Demirel.

1994 – ein weiteres Jahr der europäischen Herausforderungen

Hoffnungen und Skepsis zu Beginn des neuen Jahres – EWR-Beitritt soll in einem halben Jahr möglich sein – Probleme der Finanzpolitik

(G. M.) – Ein schwieriges Jahr für die liechtensteinische Innen- und Aussenpolitik ging zu Ende, ein weiteres schwieriges Jahr mit der europäischen Herausforderung im Mittelpunkt hat begonnen. Die Lage im Innern scheint nach den monatelangen politischen Turbulenzen, mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und mit der immer schwieriger werdenden Situation der Finanzpolitik des Staates nicht im erstrebten Ausmass gefestigt zu sein, als dass die gesamten Kräfte auf das Ziel der Europapolitik – Beibehaltung des Zollvertrages mit der Schweiz, Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum – konzentriert werden könnten.

In den Ausblicken auf das neue Jahr dominierten wie üblich Zuversicht, aber es waren auch skeptische Stimmen zu vernehmen, die vor dem Erfolg sich in Zurückhaltung üben, um nicht verfrühte Euphorie aufkommen zu lassen. Was die europapolitischen Zielsetzungen betrifft, scheint derzeit noch eine gewisse Skepsis angebracht zu sein, denn der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) ist am 1. Januar in Kraft getreten – noch ohne das Fürstentum Liechtenstein, das sich einerseits die Möglichkeit gesichert hat, den EWR-Beitritt auch zu einem späteren Zeitpunkt ohne Komplikationen für das Wirtschaftsgebilde und für den eigenen Status zu vollziehen, andererseits sich seit dem positiven Volkentscheid zum EWR-Beitritt bemüht, die

Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Wirtschaftsräumen zu verwirklichen: Weiterführung der bewährten Regionalunion mit der Schweiz und Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum ohne die Schweiz.

«Lösungsplattform» liegt vor

Mit weiser Voraussicht haben die EWR-Partner nach dem Ausscheiden der Schweiz, das ein Anpassungsprotokoll der übrigen EFTA-Staaten notwendig machte, dem kleinen Fürstentum Liechtenstein die Chance eingeräumt, den EWR-Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt vollziehen zu können.

Im Unterschied zu verschiedenen Bewertungen der Sachlage in unserem Land, die eine Anpassung des Zollvertrages an die EWR-Erfordernisse als eine Verhandlungsmaterie von geringem Ausmass bezeichneten, waren sich die Integrationsunterhändler anderer Staaten offensichtlich bewusst, dass die Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Wirtschaftsräumen auch für einen kleinen Staat nicht so ohne weiteres machbar ist. Die auf Expertenebene erstellte «Lösungsplattform» soll nun auf die politische Ebene gehoben werden, zuerst in Brüssel zur Überprüfung der Vereinbarkeit mit den EWR-Erfordernissen und der Verhinderung von Umgehungsgeheimnissen über die Regionalunion Schweiz-Liechtenstein, dann in Bern

und Vaduz zur Ausarbeitung der entsprechenden staatsvertraglichen Vereinbarungen. Ob der optimistisch scheinende Zeitplan, bis im Sommer 1994 fertige Vorschläge unterbreiten zu können, tatsächlich eingehalten werden kann, wird sich weisen. Zu klären wird in dieser Zeit auch sein, wie das Versprechen einer zweiten Volksabstimmung eingehalten werden kann, zumal mit diesem Mitspracherecht der Stimmberechtigten vorerst noch recht unterschiedliche Auffassungen vorherrschen.

Schwierigkeiten mit Staatsfinanzen

Ist der Start in das neue ausserpolitische Jahr mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden, deren Schicksal nicht oder nur teilweise in den Händen der politisch Handelnden liegt, so türmen sich im Bereich der Finanzpolitik eine Reihe von Schwierigkeiten auf, die freilich selbstgebaute Natur sind. Mit Genugtuung kann vermerkt werden, dass nun auch die politisch Verantwortlichen den Ernst der Lage mit den Staatsfinanzen einzusehen oder einzugestehen beginnen, doch lassen die bisherigen Bestrebungen zur Sanierung der lange bestrittenen Situation gewisse Befürchtungen aufkommen.

Ohne Vernehmlassungsverfahren sollte die besondere Gesellschaftsteuer für Sitz- und Holdinggesellschaften um zwanzig Prozent angehoben – und in ei-

nen einzigen Sitzungstag des Landtags durchgepakt werden.

Nicht das Ausmass der geplanten Steuererhöhung ist dabei der wichtigste Faktor, denn trotz gegenteiligen Beurteilungen der Branche dürften die Gesellschaften diesen Betrag verkraften, sondern die geplante Vorgehensweise. Bedenklich erscheint ferner, dass der Landtag zwar die Einnahmen aus dieser Steuer mit der Rückweisung der Vorlage zwar verweigerte, aber keinen Bedeckungsvorschlag unterbreitete. Und auch die Regierung – insbesondere der für die Finanzen zuständige Regierungschef – es unterliess, den finanzkompetenten Landtag anzufragen, ob das mutmassliche Defizit über Fondsentnahmen oder über Fremdkredite zu finanzieren sei. Dass am Ende der Finanzdebatte weder Regierung noch Landtag in der Lage waren, die genauen Zahlen für das Budget 1994 nach den Änderungen zu nennen, deutet auf die Schwierigkeiten hin, die derzeit auf verschiedenen Ebenen im Zusammenhang mit den Staatsfinanzen bestehen. Dass im bereinigten Budget offenbar die Hälfte der vorgesehenen Mehreinnahmen aus der besonderen Gesellschaftsteuer enthalten sind, obwohl kein derartiger Landtagsbeschluss vorliegt, die Regierung aber auf eine um ein halbes Jahr verschobene Steuererhöhung hofft, mag dafür als Beispiel dienen.

Mit zielstrebigem Handeln zum Geschäftserfolg

Die Lage im liechtensteinischen Gewerbe – Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des Gewerbes

«Durch Anpassung aller an der Wirtschaft Beteiligten, mit zielstrebigem Handeln und entsprechender Weiterbildung werden wir 1994 die Ergebnisse und Ziele zum Vorjahresvergleich steigern können.» Diese Auffassung vertritt Manfred Batliner, Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, in einem Interview über das Wirtschaftsjahr 1993 und die Aussichten für das eben begonnene Jahr.

Das liechtensteinische Gewerbe war von der Konjunkturfalte der letzten Jahre ebenfalls betroffen, allerdings von Branche nach Branche verschieden. Auch vom Aufschwung, der für den Wirtschaftsraum Schweiz-Liechtenstein angekündigt wurde, werden nicht alle Branchen gleichermaßen profitieren können.

Allerdings, so betont Manfred Batliner im Gespräch, über Stimmung und Lage in der gewerblichen Wirtschaft: «Sicherlich ist die Stimmung schlechter als die Lage». Die Unternehmen seien aber 1993 gezwungen gewesen, die einzelnen Positionen auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Im Hinblick auf den Beitritt Liechtensteins zum Europäischen Wirtschaftsraum sei dies in Zukunft noch vermehrt notwendig.

Kritisch äussert sich Manfred Batliner zur Vergabepolitik der öffentlichen



Das liechtensteinische Gewerbe spürte im vergangenen Jahr, nach Branchen etwas verschieden, die Auswirkungen des wirtschaftlichen Rückgangs. Für 1994 ist die Gewerbe- und Wirtschaftskammer optimistisch. (Archivbild)

Hand in bezug auf das liechtensteinische Gewerbe, indem Aufträge ausserhalb unseres Landes vergeben wurden: «Wenn unser Staat nur noch den Preis und nicht die Leistung honoriert, dann werden und können unsere Arbeitneh-

mer bald nicht mehr zu den teuersten in Europa gehören.»

Das Interview mit Manfred Batliner, Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Offene Darstellung der Konflikte in Entwicklungshilfe

Neues «Leitbild Nord-Süd» wird in den kommenden Wochen vom Bundesrat diskutiert und verabschiedet

Bern (AP) Der Bund soll künftig Interessenkonflikte in der Entwicklungshilfe offen auf den Tisch legen. Dies fordert ein neues «Leitbild Nord-Süd», das vom Bundesrat in den kommenden Wochen diskutiert und verabschiedet wird.

Der «Bericht des Bundesrates über die Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz» wurde am Montag von der Tageszeitung «Der Bund» auszugsweise bekanntgemacht. Die federführende Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) bestätigte auf Anfrage, dass der Bericht im Entwurf vorliege und in den kommenden Wochen von der Landesregierung verabschiedet werden soll. Noch offen

ist, ob er zusammen mit der Botschaft über den neuen Rahmenkredit für die Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt wird. Der Kreditrahmen für drei Jahre wird auf rund vier Milliarden Franken veranschlagt.

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hatte im Juni 1990 ein Leitbild mit dem Ziel einer departementsübergreifenden und ganzheitlichen Entwicklungspolitik angefordert. Das Postulat einer «kohärenten Südpolitik» nimmt der von der DEH in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat für Aussenwirtschaft (BAWI) verfasste Bericht auf. Er fordert, dass künftig vor den politischen Entscheiden die Widersprüche zwischen

entwicklungspolitischen Anliegen und den Eigeninteressen der Schweiz offengelegt werden. Angesprochen auf diese Forderung verwies DEH-Sprecher Marco Cameroni auf die Ausfuhr von Kriegsmaterial. Die Schweiz sollte kein Rüstungsmaterial mehr in jene Länder exportieren, die einen namhaften Betrag aus der Entwicklungshilfe erhielten und zugleich einen bedeutenden Budgetanteil (20 Prozent) in die Rüstung steckten. In diesem Zusammenhang fordert der Bericht die Reduktion unverhältnismässiger Militärausgaben sowie Programme zur Demobilisierung und Reintegration militärischer Verbände aus Bürgerkriegen.

SNB mit Buchgewinn von 764 Millionen

Zürich (AP) Die Kurserholung des Dollars gegen Jahresende hat der Schweizerischen Nationalbank (SNB) einen Buchgewinn von 764 Millionen Franken beschert. Obwohl die Ertragslage noch nicht beziffert werden kann, ist damit eine weitere Gewinnausschüttung in der 1991 festgelegten Maximalhöhe von 600 Millionen Franken in Sicht.

Der Buchgewinn auf den Devisenreserven der Nationalbank kam laut dem am Montag veröffentlichten Jahresausweis durch die Höherbewertung des Dollars zustande. Und zwar stieg der wie üblich als Bewertungsgrösse herangezogene durchschnittliche Kurs der US-Währung im Monat Dezember auf 1,4640 Franken, verglichen mit 1,4220 Franken ein Jahr zuvor. Mit 764 Millionen war der Buchgewinn noch etwas grösser als im Jahre 1992 (693 Millionen). Er wird über die Gewinn- und Verlustrechnung dem Konto «Bewertungskorrektur auf Devisen» gutgeschrieben. Dieser Posten hatte mit dem Geschäftsabschluss 1990 wegen eines Buchverlusts von knapp vier Milliarden Franken glattgestellt werden müssen, war aber schon Ende 1992 wieder auf knapp 2,4 Milliarden Franken gestiegen. Zwar lassen sich nach Auskunft von SNB-Sprecher Werner Abegg noch keine Aussagen über die Ertragslage der Nationalbank im abgelaufenen Jahr machen. Das für 1991 erstmals zur Anwendung gelangte neue Gewinnausschüttungskonzept der Notenbank strebt aber eine Glättung der jährlichen Auszahlungen an. Ein Blick auf den 92er Abschluss macht deutlich, dass die Reservesituation unabhängig vom letztjährigen Ertrag eine weitere Ausschüttung in der Maximalhöhe von 600 Millionen ermöglichen wird. Denn der gemäss dem Konzept vorgesehene Rückstellungsbestand von 20 Milliarden Franken war Ende 1992 um knapp fünf Milliarden Franken überschritten worden.

Bereits für die beiden vorangegangenen Jahre hatte die Nationalbank 600 Millionen Franken an Bund und Kantone ausbezahlt.